

## 1.5. C D U

### 1.5.1. Gründungsphase der CDU

Die Gründung von christlich orientierten politischen Gruppen erfolgte in Deutschland unabhängig voneinander an verschiedenen Orten.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit sind für die britische Besatzungszone als Gründungszentren im Rheinland Köln, Düsseldorf und Wuppertal sowie in Westfalen Lippstadt/Paderborn zu nennen<sup>1</sup>, wobei dem Kölner Gründungskreis sehr schnell die Führungsrolle bei der weiteren Entwicklung der Partei zufiel.

Die Mitglieder der Gründerkreise können den folgenden drei Gruppen zugerechnet werden:

- dem früheren Zentrum;
- einer der früheren bürgerlichen Parteien (DVP, DNVP, DDP, Staatspartei);
- während der Weimarer Republik politisch nicht aktiven Personen, die dann im Laufe der nationalsozialistischen Herrschaft auf eine der oppositionellen Gruppen gestoßen sind, oder sich angesichts der politischen Entwicklung aufgerufen fühlten, nach dem Kriege auf christlicher Grundlage politisch tätig zu werden.

Am 17. Juni 1945 fand in Köln eine Besprechung von 18 ehemaligen Zentrumsmitgliedern statt, in deren Verlauf die Möglichkeit diskutiert wurde, das ehemalige Zentrum wiederzugründen. Teilnehmer waren u.a.:

- Joseph Schaeven (ehemaliger Sekretär des Zentrums in Köln);
- Dr. Theodor Scharmitzel (ehemaliger Generalsekretär des Windthorstbundes und Verleger);
- Dr. Leo Schwering (ehemaliger Leiter des Volksvereins für das katholische Deutschland in Köln und ehemaliger Abgeordneter des preußischen Landtages für die Zentrumspartei).

---

<sup>1</sup> Für die Gründungskreise im Norddeutschen Raum siehe Hans-Georg Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953. Im Folgenden als „Wieck, 1953“ aufgeführt. Die Entwicklung nach dem zonalen Zusammenschluss wird in diesem Buch z.T. auch wegen der zeitlichen Nähe und der zu dem Zeitpunkt noch nicht erschlossenen Quellenlage gar nicht abgehandelt. Die Entstehung der CDU im Raum Westfalen behandelt Leo Schwering, Frühgeschichte der CDU, Recklinghausen 1963.

Für die programmatische Arbeit dieser Gruppe ist zudem Pater Dr. Franz Eberhard Welty, Oberprior des Dominikanerklosters Walberberg, bei Köln zu nennen.<sup>2</sup>

Eberhard Welty, Professor für Sozialethik an der Ordenshochschule der Dominikaner in Walberberg, hatte seit 1941 für eine Gruppe um seinen Confrater Laurentius Siemer Referate über die ethischen Grundsätze der Katholischen Arbeiterbewegung geschrieben. Die Referate wurden auf konspirativen Kolloquien in Köln verlesen und diskutiert. Zu den Teilnehmern dieser Kolloquien zählten u.a. Wilhelm Elfes, Karl Arnold, Andreas Hermes und zeitweilig auch Jakob Kaiser.

### 1.5.1.2. Die Kölner Leitsätze

Die Kölner Versammlung gelangte zu dem Schluss, das Zentrum nicht wiederzugründen, und stattdessen gemeinsam mit protestantisch orientierten Gruppen eine politische Bewegung auf christlich-sozialer Grundlage zu schaffen.<sup>3</sup>

Der Kölner Kreis um Leo Schwing hatte auf dieser Sitzung die Kölner Leitsätze<sup>4</sup> ausgearbeitet. Sie beruhen auf Eberhard Weltys Schrift „Was tun?“, die dieser als Quintessenz der Referate über die christliche Sozialethik der katholischen Arbeiterbewegung zwischen 1941 und 1944 verfasst hatte.

Sie stellten einen vorläufigen Entwurf zu einem Parteiprogramm dar, das am 2. September 1945 mit den „Leitsätze der Christlich-Demokratischen Partei im Rheinland und Westfalen“<sup>5</sup> als zweite Fassung der Kölner Leitsätze verabschiedet wurde.<sup>6</sup>

Am 2. September 1945 schlossen sich in Köln die christlich-demokratischen Parteigruppen von Köln, Aachen, Düsseldorf und Bonn mit den rechts- und niederrheinischen Gruppen zur Christlich-Demokratischen Partei des Rheinlandes (CDP) zusammen.

Im Gegensatz zu den „ur“-rheinischen Kreisen aus Köln und Düsseldorf, die fast ausschließlich katholische Mitglieder umfassten, gehörten zu dem Wuppertaler Gründungskreis überwiegend Protestanten. Auch in ihrer sozialen Struktur wiesen die Gründerkreise Unterschiede auf. Dem Wuppertaler Kreis gehörte nur ein Mitglied der

---

<sup>2</sup> Die genaue Mitgliederliste siehe bei Wieck, 1953, S. 55f.

<sup>3</sup> Ernst Deuerlein, CDU-CSU 1945 – 1957, Köln 1957, S. 46. Im Folgenden unter „Deuerlein, 1957“ aufgeführt. Vgl. auch Leo Schwing, Vorgeschichte und Entstehung der CDU, Köln 1952; ebenso Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, Deutsche Geschichte 1945 – 1955, Göttingen 1982, S. 142ff.

<sup>4</sup> Kölner Leitsätze in: Ossip. K. Flechtheim, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. II: Programmatik der deutschen Parteien, Berlin 1963, S. 30ff. Im Folgenden als „Flechtheim, Bd. II, 1963“ aufgeführt.

<sup>5</sup> ders. S. 34ff.

<sup>6</sup> Zur Entstehung der Kölner Leitsätze s. Wieck, 1953, S. 67ff. und insbesondere Rudolf Uertz, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU, Stuttgart 1981, S. 27ff., im Folgenden als „Uertz, 1981“ aufgeführt.

Arbeiterschaft an, die anderen stammten aus dem bürgerlichen Milieu. Der Kölner sowie der Düsseldorfer Kreis waren hauptsächlich durch Mitglieder der christlichen Arbeiterbewegung bestimmt.<sup>7</sup>

H.G. Wieck berichtete, dass aus Reihen der Protestanten Kritik an den Kölner Leitsätzen laut wurde. Den Wuppertaler Pfarrer Lutze störte der ‚demagogische Ton der Präambel‘<sup>8</sup>, in der der Nationalsozialismus beschrieben wurde. Zudem sei der Begriff ‚Sozialismus (...) historisch zu stark belastet, und dürfe gerade in Verbindung mit ‚christlich‘ nicht gebraucht werden‘<sup>9</sup>, ebenso wie der Begriff des christlichen Naturrechts, den die evangelische Kirche nicht kenne. Scharf zu kritisieren sei, dass die Kölner Leitsätze keinen Deutschland als Staat betreffenden Passus enthielten. ‚Ein solcher Staat fehlt überhaupt unter den 20 Punkten‘<sup>10</sup>.

Den Protestanten, die sich im Wuppertaler Kreis zusammengeschlossen hatten, erschien die Gründung einer christlich geprägten Partei aus anderen Motiven notwendig als den ehemaligen rheinischen Zentrumsmitgliedern. Kennzeichnend für ihre Einstellung der Politik gegenüber war die Ambivalenz, mit der sie ihre politische Tätigkeit begründeten.

Die evangelisch-lutherische Theologie sieht den Christen in einer ständigen Spannung zwischen der Bejahung der Welt als Gottes Schöpfung und ihrer Ablehnung, weil sie von Sünde beherrscht wird.

Die Bildung einer christlichen Partei beruhe für den Protestantismus auf der Interdependenz von Demokratisierung und Säkularisierung in Verbindung mit dem Wissen um die Unfähigkeit des Menschen, eine bessere Welt oder den ewigen Frieden schaffen zu können. Demokratie und Säkularismus bedingten einander. Der Christ solle trotz seiner Zustimmung zu Demokratie und Politik in einem distanzierten Verhältnis zu beiden stehen, da ihn als gläubigem Christen die Säkularisierung der Welt abstoßen müsse.<sup>11</sup> ‚Es ist der Säkularismus, dem die anderen Parteien mehr oder weniger alle verfallen sind, der uns zwingt, als Christen gesondert vorzugehen.‘<sup>12</sup>

Das Wort ‚Partei‘ mache deutlich, dass man ‚wirklich mit Ernst die politica, den Staat wolle‘<sup>13</sup>. Das Wort ‚Christlich‘ zeige, dass man sich deutlich von den anderen politischen Störungen, die die Politik mitgestalten, abgrenzen wolle.<sup>14</sup>

Im Gegensatz zur katholischen Soziallehre, die durch einen traditionsreichen Pragmatismus gekennzeichnet ist, der sich an den Erfordernissen der Gesellschaft orientiert, war die evangelische Sozialethik zu diesem Zeitpunkt primär individualistisch ausgerichtet.

---

<sup>7</sup> Uertz, 1981, S. 41; vgl. auch Hüttenberger, 1973, S. 47ff.

<sup>8</sup> Wieck, 1953, S. 95.

<sup>9</sup> ebenda.

<sup>10</sup> ebenda.

<sup>11</sup> Uertz, 1981, S. 42.

<sup>12</sup> zit. nach Uertz, 1981, S. 43.

<sup>13</sup> ebenda.

<sup>14</sup> ebenda.

Ein Begriff, wie der des „Sozialismus“, war für evangelische Gläubige in der Politik daher nicht akzeptabel.

Nach Rudolf Uertz hatte im September 1945 die für Protestanten unhaltbare Verbindung der Begriffe „christlich“ und „Sozialismus“ allerdings mehr Gewicht als eine gesellschaftspolitisch begründete Ablehnung der Inhalte des Christlichen Sozialismus.<sup>15</sup>

Während die erste Fassung der Kölner Leitsätze in ihrer Präambel eine ausgedehnte Analyse der Machtergreifung der Nationalsozialisten und der Entwicklung zum Krieg enthält, konstatiert die von den Wuppertaler Protestanten mitgetragene zweite Fassung nur noch den Primat der christlichen Religion für die Politik des Wiederaufbaus.

Der Kern beider Fassungen proklamiert die Unantastbarkeit der menschlichen Würde, die den Menschen zum selbstverantwortlichen Subjekt erhebt, das nicht nur auf seine Funktion in der Gemeinschaft hin reduziert wird.<sup>16</sup>

In den Leitsätzen Nr. 10 und 11, respektive Nr. 16 und 17 der 2. Fassung, wird die Aufhebung des Einflusses von Großkapital, privaten Monopolen und Konzernen auf Gesellschaft und Wirtschaft gefordert. Stattdessen sollen die mittleren und kleinen Betriebe gefördert werden.<sup>17</sup>

Zwar wird das Recht auf Eigentum konstatiert, doch wird auch die soziale Verantwortung, die aus dem Eigentum resultiert, hervorgehoben.

Güterausgleich und soziale Lohnpolitik sollen für einen sozialen Ausgleich sorgen. Die Überführung von Industrien in Gemeineigentum soll abhängig vom Allgemeinwohl erfolgen. Post, Eisenbahn, Bergbau und energieerzeugende Industrien werden als Angelegenheiten der öffentlichen Hand angesehen, für das Bank- und Versicherungswesen wird staatliche Kontrolle gefordert.<sup>18</sup>

Anhand der Leitsätze Nr. 11 der ersten und Nr. 16 der zweiten Fassung werden die Unterschiede zwischen der katholischen Soziallehre und der protestantischen Sozialethik deutlich. Der christliche Realismus, wie er von seinen Anhängern in Abgrenzung zum Christlichen Sozialismus genannt wurde, kommt in den Formulierungen des zweiten Leitsatzes zum Ausdruck.

Wird in Satz. 11 der 1. Fassung noch als Ziel der Wirtschaft die Bedarfsdeckung des Volkes angesehen, die in gemeinsamen Aktivitäten von Arbeitgebern und –nehmern verwirklicht werden soll, so trennt Satz 16 der 2. Fassung zwischen Arbeitgebern und

---

<sup>15</sup> Uertz, 1981, S. 49; auf S. 49ff stellt Uertz den Kompromisscharakter der Präambel der 2. Fassung der Kölner Leitsätze dar und erläutert die Grundsätze der protestantischen Sozialethik, deren genauere Darstellung allerdings den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

<sup>16</sup> Flechtheim, Bd. II, 1963, S. 31.

<sup>17</sup> Flechtheim, Bd. II, 1963, S. 32; vgl. 2. Fassung, ders., S. 35.

<sup>18</sup> Kölner Leitsätze vom 17. Juni 1945, Nr. 10, Flechtheim, Bd. II, 1963, S. 32, vgl. 2. Fassung vom September 1945, Nr. 17, in: Flechtheim, BD. II, 1963, S. 35.

Arbeitnehmern, die zwar beide an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik beteiligt seien, aber als voneinander getrennte Gruppen in ihrer jeweiligen beruflichen Fachvereinigung wirken.<sup>19</sup>

Der individualistische Zug der protestantischen Sozialethik kommt in dem Passus „Privatinitiative und Eigenverantwortlichkeit werden geweckt“<sup>20</sup> zum Ausdruck, der an die dynamische Kraft des Gewinnstrebens des Individuums eher appelliert, als die Formulierung der ersten Fassung, in der es heißt, Privateigentum und Eigeninitiative werden erhalten<sup>21</sup>.

Ungeachtet des Einflusses, den der protestantische Flügel in der Sitzung am 2. September 1945 geltend gemacht hatte<sup>22</sup>, stand seit dem Herbst 1945 die Interpretation der Leitsätze auf der Basis der katholischen Soziallehre im Vordergrund. Der Begriff des „Christlichen Sozialismus“ wurde von diesem Zeitpunkt an vermehrt in der Öffentlichkeit verwendet.<sup>23</sup>

Auf der Gründungstagung der rheinischen CDU am 2. September 1945 wurde neben der Verabschiedung der 2. Fassung der Kölner Leitsätze auch der Vorstand der rheinischen CDU gewählt. In den Parteivorstand wurde Konrad Adenauer aufgenommen, der jedoch im Oktober 1945 wieder aus dem Amt schied, nachdem ihm die britische Militärregierung bei seiner Amtsenthebung als Oberbürgermeister der Stadt Köln jede politische Betätigung verboten hatte.

Nach der Konstituierungssitzung der beiden christlich-demokratischen Provinzialverbände zur christlich-demokratischen Partei sollte auf einem von der Berliner CDUD initiierten Reichstreffen in Bad Godesberg die Grundlage für eine engere Zusammenarbeit der einzelnen Landesverbände geschaffen werden.

Zu diesem Treffen, das vom 14. bis 16. Dezember 1945 stattfand, wurde den beiden Vorsitzenden der CDUD die Ausreisegenehmigung durch die SMAD verweigert; auch den Vertretern der christlich orientierten Parteien der französischen Zone wurde die Teilnahme nicht gestattet, so dass der beabsichtigte, reichseinheitliche Zusammenschluss nicht erreicht werden konnte. In Bad Godesberg wurde lediglich die reichseinheitliche Namensgebung für die neue Partei beschlossen, die sich, an den Namen der CDUD/Berlin anlehnend, von diesem Zeitpunkt an „Christlich-Demokratische Union“ nannte.<sup>24</sup>

---

<sup>19</sup> Leitsatz Nr. 11: „Das Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes auf der Grundlage einer freien körperschaftlichen Selbstverwaltung.“, in: Flechtheim, Bd. II, 1963, S. 32. Vgl. dazu Leitsatz Nr. 16 der 2. Fassung: „Das Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes. Grundlage der Wirtschaftstätigkeit ist die soziale Gleichberechtigung aller Schaffenden in Betrieben und öffentlich rechtlichen Wirtschaftsvertretungen.“, in: ders., S. 35.

<sup>20</sup> Flechtheim, Bd. II, 1963, S. 35.

<sup>21</sup> ders., S. 32.

<sup>22</sup> Benutzt die ursprüngliche Fassung der Leitsätze noch explizit den Begriff des „Christlichen Sozialismus“, so fehlt er in der 2. Fassung; dort heißt es nur noch lapidar: „Deshalb bekennen wir uns zum demokratischen Staat, der christlich, deutsch und sozial ist.“ Flechtheim, Bd. II, 1963, S. 34.

<sup>23</sup> Uertz, 1981, S. 59.

<sup>24</sup> Wieck, 1953, S. 214f.; s. auch Deuerlein, 1957., S. 60f.

Auf der Tagung in Godesberg wurde wieder anknüpfend an die 1. Fassung der Kölner Leitsätze von „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ gesprochen, der Wirtschaftsliberalismus und historische Materialismus abgelehnt.<sup>25</sup>

Um die Zusammengehörigkeit der einzelnen Landesverbände zu demonstrieren, wurde ein Zonenverbindungsausschuss mit Sitz in Frankfurt am Main gegründet. Seine Aufgaben waren mehr informativer Natur, als dass er eine „politische Spitzenkörperschaft“ der CDU wurde.<sup>26</sup>

Fehlte aufgrund des Verbots politischer Betätigung auf der Godesberger Tagung noch Konrad Adenauer, so war er auf den Anfang 1946 stattfindenden Tagungen zur Konstituierung der CDU der britischen Zone wieder anwesend, und sollte von diesem Zeitpunkt an die Führungsrolle innerhalb der CDU übernehmen.<sup>27</sup>

Auf der ersten Sitzung des Zonenausschusses der CDU in Herford am 21./22. Januar 1946 übernahm er den Konferenzvorsitz, und wurde dann auf der eigentlichen konstituierenden Sitzung am 28. Februar 1946 in Neheim-Hüsten offiziell zum Parteivorsitzenden der CDU der britischen Zone gewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde der Vorsitzende der westfälischen Union, Dr. Friedrich Holzapfel, gewählt.<sup>28</sup>

Damit lag die Führung der CDU der britischen Zone im späteren Nordrhein-Westfalen, das durch seine Industrienanballung im Ruhrgebiet später auch die wirtschaftliche Führung im nord-westdeutschen Raum einnehmen sollte.

### 1.5.2. CDU Presse

Im Zuge der Zeitungslizenzierungen erhielt die CDU in einer Feierstunde am 26. Februar 1946 im Düsseldorfer Stahlhof, dem Sitz der britischen Militärregierung Nordrhein, zusammen mit SPD und KPD die ersten Lizenzen. Dabei handelte es sich um die „Rheinische Post“, Düsseldorf, die „Aachener Volkszeitung“ und die „Westfalen-Zeitung“, die in Bielefeld herausgegeben wurde.<sup>29</sup>

---

<sup>25</sup> A.R.L. Gurland, Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953. Hrsg. von Dieter Emig, Frankfurt/Main 1980, S. 123f. Im Folgenden unter „Gurland, 1980“ aufgeführt.

<sup>26</sup> ebenda.

<sup>27</sup> Konrad Adenauer, geb. 5. Januar 1876 in Köln, gest. 19. April 1967 in Rhöndorf am Rhein, war von 1917 – 33 Oberbürgermeister von Köln, 1920 – 32 Präsident des preußischen Staatsrates. Am 27. Juli 1933 wurde er von den Nationalsozialisten aus dem Amt des Oberbürgermeisters entlassen, weil er als politisch unzuverlässig galt.

<sup>28</sup> Gurland, 1980, S. 38. Über das Vorfeld der Bildung des Vorstandes für die CDU der britischen Zone siehe Hüttenberger, 1973, S. 61ff.

<sup>29</sup> Peter Hüttenberger nennt in diesem Zusammenhang irrtümlich die „Aachener Nachrichten“, die er der CDU zuschreibt (S. 139). Vgl. zur Lizenzierung Koszyk, 1986, S. 480.

Die „Rheinische Post“, Untertitel: Zeitung für christliche Kultur und Politik, wurde Dr. Anton Betz, der auch die Verlagsleitung übernommen hatte, Karl Arnold und Dr. Erich Wenderoth als Lizenzträger mit der britischen Lizenz Nr. 12 vom 18. Februar 1946 übergeben. Herausgeber war die Rheinische Post GmbH, die auch den Verlag durchführte. Schriftleiter war Josef Noé. Die Zeitung erschien zwei Mal pro Woche, mittwochs und samstags. Das Verbreitungsgebiet lag im südwestlichen Ruhrgebiet; Teilausgaben erschienen u.a. in Wuppertal, Solingen, Kleve-Rees-Wese, Moers-Xanten, Duisburg, Oberhausen, Essen und Mülheim/Ruhr. Ab Januar 1947 erschien die „Rheinische Post“ mit einer wöchentlichen Inter-Zonenausgabe. Die Auflage belief sich auf 282.200 Exemplare.<sup>30</sup>

Die „Aachener Volkszeitung“ erschien mit der Lizenz Nr. 8 am 22. Februar 1946 zum ersten Mal. Lizenzträger wurden Dr. Josef Hofmann, der auch die Funktion des Herausgebers und Schriftleiters übernahm, sowie Dr. Albert Maas und Jakob Schmitz, beide auch als Schriftleiter. Die „Aachener Volkszeitung“ erschien mit einer Auflage von 87.000 Exemplaren im Gebiet Aachen-Land.<sup>31</sup>

Die „Westfalen-Zeitung“ erschien zum ersten Mal am 15. März 1946 unter der britischen Lizenz Nr. 13 vom 25. Februar 1946. Lizenzträger waren Alfred Hausknecht, gleichzeitig auch Herausgeber, und Dr. Dieter Lauenstein. Die Schriftleitung hatte Friedrich Blume inne. Das „Bielefelder Morgenblatt für Politik und christliche Kultur“, so der Untertitel, erschien mit einer Auflage von ca. 130.000 Exemplaren dienstags und freitags im Gebiet Ostwestfalen-Lippe.<sup>32</sup> bis Anfang September 1946 waren in Westfalen und Nordrhein insgesamt 20 Lizenzblätter erschienen. Die CDU erhielt noch 3 weitere Blätter. Mit der „Kölnischen Rundschau“, der „Westfalen-Post“, Soest, und den „Westfälischen Nachrichten“, Münster, hatte die CDU ein Verbreitungsgebiet, das bis auf das nordwestliche Ruhrgebiet, Nordrhein-Westfalen weitgehend abdeckte. Zwar gab es für den Regierungs-Bezirk Arnsberg die „Westfalenpost“, doch konnte sie diese Lücke nicht schließen. Im September 1946 stellten der Recklinghäuser Verleger Bitter und der Dortmunder Rechtsanwalt Scholtissek unabhängig voneinander einen Antrag auf Erteilung einer Lizenz. Da sich der Vorstand der CDU-Westfalen nicht für einen der beiden Kandidaten entschließen konnte, und auch den Vorschlag der britischen Militärregierung ablehnte, beiden gemeinsam die Lizenz zu erteilen, blieb das westliche Ruhrgebiet ohne CDU-Zeitung. Der ursprünglich für die „Westfalen Post“ als Lizenzträger vorgesehene ehemalige preußische Kultusminister Boelitz<sup>33</sup> hatte als Lizenzmitträger Lambert Lensing vorgeschlagen, der aber von der britischen Militärregierung

---

<sup>30</sup> Handbuch der Lizenzen Deutscher Verlage, Berlin 1947, S. 7f.

<sup>31</sup> Handbuch der Lizenzen Deutscher Verlage, a.a.O., S. 1; vgl. auch Koszyk, 1986, S. 480.

<sup>32</sup> Handbuch der Lizenzen Deutscher Verlage, a.a.O., S. 5; vgl. auch Koszyk, 1986, S. 480.

<sup>33</sup> Die Lizenz wurde Boelitz nicht erteilt, weil er vor 1933 Mitglied des Ibero-amerikanischen Clubs war, der bei den Briten als faschistisch galt (Hüttenberger, 1973, S. 148).

wegen seiner Pressearbeit im Dritten Reich<sup>34</sup> abgelehnt worden war. Da Lensing sich trotz der Ablehnung als Lizenzträger weiterhin um eine Lizenz für die fehlende Ruhrgebiets-Zeitung bemühte, gerieten Lensing und Boelitz in einen Interessenkonflikt, in den auch der Vorstand der CDU-Westfalen hineingezogen wurde. Im Januar 1948 beantragte Lambert Lensing gemeinsam mit Otto Rippel, Hermann Kleine und Heinrich Rastropp beim Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen die Lizenz für eine Zeitung im nördlichen Ruhrgebiet.

Die Dortmunder „Westfalenpost“ hätte mit 26 Unterausgaben und der Auflage von 270.000 Exemplaren ihren überschaubaren Umfang überschritten, und richte sich aufgrund ihrer Größe nicht mehr erkennbar an eine Bevölkerungsgruppe, begründete Lensing seinen Antrag.<sup>35</sup>

In vorhergehenden und nachfolgenden Anträgen 1947/48 betonte Lensing, dass der Plan einer zweiten CDU-Zeitung im Ruhrgebiet schon zwei Jahre alt sei, die Realisierung aber immer noch anstehe.<sup>36</sup>

Einen weiteren, in den Anträgen nicht genannten, Faktor stellten die im Oktober 1948 anstehenden Kommunalwahlen, bei denen durch eine zweite CDU-nahe Zeitung im Ruhrgebiet mehr potentielle Wähler erreicht worden wären.<sup>37</sup>

Der Lizenzträger der „Westfalenpost“, Artur Sträter, wehrte sich seinerseits am 7 Oktober 1948 in einem Brief gegen die Bestrebungen Lensings. Ein zweites CDU-Blatt im Regierungsbezirk hätte das Verbreitungsgebiet und die Auflage der „Westfalenpost“ stark eingeschränkt, zudem böte die „Westfalenpost“ den bei ihrer Herstellung beteiligten Betrieben die Möglichkeit, ihre wirtschaftlichen Kapazitäten auszubauen. Die Erklärung gipfelte in der Feststellung, die nordrhein-westfälische Landesregierung sei nicht befugt, die von der britischen Militärregierung vergebenen Lizenzen aufzuheben.<sup>38</sup>

Obwohl Lensing erklärte, er habe nicht vor, gegen die „Westfalenpost“ zu arbeiten, sondern wolle gemeinsam mit der Dortmunder Tageszeitung die Ideale der Christlich-Demokratischen Union im Ruhrgebiet propagieren, gelang es ihm erst am 1. März 1949 mit den „Ruhrnachrichten“ eine zweite CDU-nahe Tageszeitung für das Regierungsgebiet herauszugeben.<sup>39</sup>

Schwierigkeiten hatte die CDU auch bei der Lizenzierung einer ihr nahestehenden Zeitung im Münsterland. Die „Westfälischen Nachrichten“ erschienen erst am 3. August

---

<sup>34</sup> Lensing hatte das Zentrumsblatt „Tremonia“ nach 1933 weiter herausgegeben und damit nach britischer Ansicht das Nazi-Regime unterstützt. Zudem habe er der SA und dem OKW angehört, und fiel somit unter die Gruppe der politisch unzuverlässigen Pressevertreter. (Hüttenberger, 1973, S. 148).

<sup>35</sup> Koszyk, 1986, S. 182.

<sup>36</sup> ders., S. 183.

<sup>37</sup> ders., S. 183f.

<sup>38</sup> ders., S. 184.

<sup>39</sup> ders., S. 184f.; vgl. dazu auch Hüttenberger, 1973, S. 149.

1946, Lizenzträger waren das ehemalige MdR Franz Bornefeld-Ettmann, Friedrich Hüffer und Dr. Gottfried Hasenkamp.<sup>40</sup>

Mit der „Allgemeinen Kölnischen Rundschau“ erhielt die CDU-Führung das von ihr angestrebte überregionale Zonentagesblatt. Die Lizenz für diese Zonenzeitung erhielt Rheinhold Heinen erst nachdem die britische Militärregierung die Verantwortung für die Lizenzierung in deutsche Hände abgegeben hatte.

Da bei der Lizenzierung der Zeitungen die Auflagenhöhe nach der grob geschätzten Rezeption der politischen Auffassungen in der Bevölkerung festgelegt worden war, erfolgten nach den ersten Wahlen in der britischen Zone, Ende 1946, Korrekturen in der Auflagenhöhe.

Für die CDU-nahe Presse bedeutete dies durchweg eine Auflagenerhöhung. Die britische Besatzungsmacht hatte den Einfluss der neugegründeten wirtschaftlich-konfessionellen Partei offensichtlich als zu niedrig eingeschätzt, so dass den christlich-demokratischen Zeitungen ein nun durchschnittlich um 40 Prozent höheres Papierkontingent zuteil wurde. Im Einzelnen erfuhren die Zeitungen folgende Auflagenerhöhung:

„Aachener Volkszeitung“	von 65.000	auf 103.000	(+58,3%)
„Kölnische Rundschau“	von 145.000	auf 206.000	(+42,1%)
„Rheinische Post“	von 283.000	auf 379.000	(+33,9%)
„Westfälische Nachrichten“	von 80.000	auf 115.000	(+43,7%)
„Westfalen Post“	von 242.000	auf 342.000	(+41,3%)
„Westfalen-Zeitung“	von 163.000	auf 185.000	(+13,5%) <sup>41</sup>

Am 6. September 1956 fand die erste Tagung der CDU-nahen Presse der britischen Zone statt. Leo Schwering beklagte die in der Leserschaft verbreitete Auffassung, die lizenzierte Presse sei in ihren Inhalten von der Besatzungsmacht beeinflusst und daher nicht glaubwürdig. Bei den CDU-Mitgliedern herrsche die Ansicht vor, die CDU-nahen Zeitungen seien nicht eng genug mit der Partei verbunden. Um eine bessere Koordinierung und engere Zusammenarbeit der CDU-nahen Zeitungen zu erreichen, wurde am 23. Juni 1947 der „Verein Union-Presse“ gegründet, auf dessen erster Mitgliederversammlung vom 23. November 1947 Otto Boelitz zum Vorsitzenden gewählt wurde.<sup>42</sup> Der Verein setzte sich zum Ziel,

---

<sup>40</sup> Hüttenberger, 1973, S. 14.

<sup>41</sup> Fischer, 1971, S. 56.

<sup>42</sup> Josef Hofmann, The CDU Press of the German Federal Republic, in: Gazette (Leiden), Vol. V, No. 1, 1959, p. 34f.

- die harmonische Kooperation zwischen Herausgebern und Redakteuren der CDU-nahen Zeitungen auszubauen und den Weg zur einheitlichen Berichterstattung über aktuelle Angelegenheiten und Probleme vorzubereiten;
- die allgemeinen Interessen der Zeitungen und ihrer Mitarbeiter unter Berücksichtigung der Öffentlichkeit, der Regierung und der christlich-demokratischen Parteiorgane zu vertreten;
- die Ausbildung und Förderung der Journalisten und Herausgeber zu sichern.<sup>43</sup>

Der Verein verfolgte keinerlei wirtschaftliche Absichten, sondern sah seine Aufgabe darin, in verschiedenen Arbeitsgruppen den Herausgebern und Mitarbeitern der CDU-nahen Presse Informationen und Denkanstöße zu vermitteln.<sup>44</sup>

### 1.5.3. Das Programm von Neheim-Hüsten

Auf der Zonentagung der CDU der britischen Zone in Neheim-Hüsten am 28. Februar 1946 beriet und verabschiedete die CDU ein Programm, das grundlegend für die zonale politische Arbeit der CDU werden sollte.

Das Programm war von Konrad Adenauer ausgearbeitet worden, ohne dass bei der Abfassung ein weiterer Politiker der CDU beteiligt gewesen wäre. Es trägt einen deutlich pragmatischen Zug, der im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindewahlen gesehen werden muss. Der programmatische Gegensatz zu den mehr idealistischen Kölner Leitsätzen ist offensichtlich. Infolgedessen soll hier kurz eine Darstellung des Programms von Neheim-Hüsten erfolgen.

In der Präambel wird nicht mehr der Nationalsozialismus für Krieg, Verbrechen und Nachkriegschaos in Deutschland verantwortlich gemacht, sondern die materialistische Weltanschauung in der neben dem Nationalsozialismus u.a. auch der Sozialismus und Kommunismus begründet seien. Zwar baute das Programm von Neheim-Hüsten in seinen Grundsätzen auf den Kölner Leitsätzen auf, doch sind die Forderungen an entscheidenden Stellen verändert worden.

Das Ziel der Wirtschaft ist immer noch die Bedarfsdeckung des Volkes und die Erstellung einer Grundlage für die Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen, doch resultiert daraus nicht eine umfassende Neuordnung der Wirtschaft. Aufgrund der Anerkennung der Persönlichkeit des einzelnen soll durch ein gleichberechtigtes Miteinander von Arbeitgebern und Arbeitnehmern „eine soziale Neuordnung der Wirtschaft und

---

<sup>43</sup> ebenda; siehe dazu auch: Fischer, 1971, S. 521.

<sup>44</sup> ebenda.

Gesellschaft und eine gerechte Verteilung des Wirtschafts-Ertrages erreicht“ werden.<sup>45</sup> Das Recht auf Privateigentum wird anerkannt, da nur so die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit des einzelnen und der Gemeinschaft gewährleistet werden kann. Es wird den anderen bürgerlichen Grundrechten gleichgestellt, und kann nur „einem auch nach ethischen Grundsätzen höheren Recht“<sup>46</sup> weichen. Von Umverteilung des Eigentums bzw. einem Güterausgleich ist nicht mehr die Rede. Zur Verbesserung der Lage der Nichtbesitzenden soll der Erwerb „mäßigen Besitzes“<sup>47</sup> gefördert werden.

In Bezug auf die Sozialisierung der Grundindustrien und des Bergbaus wird nur für den Bergbau die Überführung in Gemeineigentum gefordert.<sup>48</sup> Zwar sei es unter dem Aspekt der Freiheit des Einzelnen und der Gemeinschaft notwendig, die Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen sowie in der Hand von Gesellschaften oder sonstigen Organisationen zu verhindern, doch sei die Frage einer Vergesellschaftung der Grundindustrien „zur Zeit nicht praktisch, da die deutsche Wirtschaft nicht frei ist“<sup>49</sup>. Die spätere Regelung unterliege den dann gegebenen wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten, vor allem aber der Berücksichtigung des Allgemeinwohls.<sup>50</sup>

Der Abschnitt, der die Aufgaben aufführt, die aus dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches resultieren, sieht eine Überführung der Industrien in Gemeineigentum – folgerichtig – nicht vor. In der „ersten Aufbauperiode“<sup>51</sup> waren staatlicher, wirtschaftlicher und kultureller Wiederaufbau, nicht Neuaufbau, notwendig. Wirtschaftlicher Wiederaufbau bedeutete im Folgenden:

- Rettung der existenznotwendigen Produktionsstätten;
- Erhaltung der Sozialversicherung;
- Gerechter Ausgleich bei den Kriegsschäden;
- Schaffung von Arbeitsplätzen;
- Versorgung der Flüchtlinge und Kriegsversehrten;
- Wiederaufbau der zerstörten Städte.<sup>52</sup>

---

<sup>45</sup> Flechtheim Bd. II, 1963, S. 52.

<sup>46</sup> ebenda.

<sup>47</sup> ebenda.

<sup>48</sup> ders., S. 51: „Kohle ist das entscheidende Produkt für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Wir fordern die Vergesellschaftung der Bergwerke.“

<sup>49</sup> ders., S. 51.

<sup>50</sup> ebenda; s. auch Uertz, 1981, S. 76ff., der das Manuskript Adenauers mit der letztendlich verabschiedeten Fassung vergleicht.

<sup>51</sup> Flechtheim Bd. II, 1963, S. 52.

<sup>52</sup> ebenda.

Für den gewerkschaftlichen Flügel der CDU blieben trotz des Zonenprogramms von Neheim-Hüsten – oder eher gerade wegen seines pragmatischen Charakters – die Kölner Leitsätze das für sie grundlegende Programm.

#### **1.5.4. Das Ahlener Programm**

An den Querelen um das Programm von Neheim-Hüsten, das den Gewerkschaften in seiner gesellschaftlichen und politischen Neuordnung nicht weit genug ging, dem protestantischen Flügel der CDU aber schon zu weit ging, wurde deutlich, dass das Zonenprogramm nicht den beabsichtigten einigenden Effekt hatte.

Am 10. April 1946 wurde auf einer Sitzung des Landesverbandes der CDU der Nordrheinprovinz die Gründung eines Wirtschafts- und Sozialausschusses beschlossen, der ein Kompromissprogramm ausarbeiten sollte. Vorsitzende waren Dr. Robert Pferdmeniges und Josef Gockeln, für den im Oktober des Jahres Johannes Albers<sup>53</sup> den Vorsitz übernahmen. Der auf zentraler Ebene gebildete wirtschafts- und sozialpolitische Ausschuss sollte ebenfalls ein Wirtschaftsprogramm vorbereiten. Im Oktober 1946 wurden diese beiden Ausschüsse zu einem wirtschaftlichen und sozialpolitischen Ausschuss vereinigt, und zu dessen Vorsitzenden ebenfalls Johannes Albers gewählt.<sup>54</sup>

Ein Reformprogramm für die CDU der britischen Zone war nicht nur zur Integration des linken und rechten Flügels notwendig geworden. Die CDU benötigte für den anstehenden Wahlkampf im folgenden Jahr eine Wahlplattform; die bevorstehende Sozialisierungsdebatte im Landtag machte ein ordnungspolitisches Positionspapier für die Landtagsfraktion der CDU notwendig. Die Zonenpartei benötigte ein Alternativkonzept für die von den Briten beabsichtigte Sozialisierung der Industrie im Rhein-Ruhrraum. Für das im Frühjahr 1947 anberaumte Reichstreffen der Unionsparteien benötigten Adenauer und die Zonen-CDU ein wirtschafts- und sozialpolitisches Programm, das dem der Berliner CDU unter Jakob Kaiser äquivalent war. Und schließlich war Konrad Adenauers Image in der Öffentlichkeit und beim linken Flügel der CDU derart angeschlagen, dass nur ein arbeitnehmerfreundliches Programm das negative Bild des Zonenvorsitzenden korrigieren konnte.<sup>55</sup>

Das von Welty und den christlichen Gewerkschaften ausgearbeitete Programm beruhte auf den Grundsätzen des christlichen Sozialismus, enthielt in praktischer Hinsicht aber auch wirtschaftliche Elemente.

---

<sup>53</sup> Johannes Albers, geb. am 8. März 1890 in Mönchengladbach war von Beruf Schriftsetzer, von 1919 – 1933 Sekretär der Christlichen Gewerkschaften in Köln. Ab 1945 Mitglied im Beirat des Oberpräsidenten der Provinz Rheinland und von 1946 an Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialausschüsse der CDU.

<sup>54</sup> Damit hatte in beiden Ausschüssen der gewerkschaftliche Flügel einen sehr großen Einfluss auf die Programmarbeit erhalten.

<sup>55</sup> Uertz, 1981, S. 99.

Mit dem Programmentwurf entstand eine Synthese eines sozialen Ordnungskonzepts, das zu einer „geistig-sittlichen Neuordnung“ führen sollte mit einem wirtschaftspolitischen Konzept, das eine Umverteilung des industriellen Besitzes ermöglichen sollte.<sup>56</sup>

Die Verfasser des Walberberger Programmentwurfs bestimmten als Zweck der Wirtschaft die Deckung des lebenswichtigen Bedarfs des Volkes. Instrumente dieser Wirtschaftsordnung waren Planung und Lenkung. Angestrebt wurde im Entwurf „Eine Wirtschaftsdemokratie, in der Industrie, Banken, Handel und Gewerbe, Handwerk und bäuerliche Wirtschaft sich organisch ergänzen, in welcher jedem Tüchtigen gleiche Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten gegeben sind. Das Recht auf Privateigentum wurde grundsätzlich anerkannt. Um eine gerechte Eigentumsverteilung zu erreichen, sollte ein Lastenausgleich durchgeführt werden. Dieser Teil zeigt deutlich eine privatkapitalistische Tendenz, der durch die Forderung nach industrieller Neuordnung und Planung und Lenkung der Bedarfsdeckungswirtschaft ein Gegenpol gegenübersteht. Die industrielle Neuordnung beinhaltet die Auflösung unübersichtlicher und unkontrollierbarer Unternehmen mit monopolartigem Charakter, deren Verwaltung und Leitung von Selbstverwaltungskörperschaften übernommen werden sollte. Der Bergbau und die Grundindustrien sollten vergesellschaftet werden, d. h. neben den privaten Unternehmen, die ein Drittel der Besitzanteile erhalten, sollten an der Leitung der Betriebe das Reich, die Länder, Gemeinden und Genossenschaften sowie Gewerkschaften zu 2/3 beteiligt werden. Beabsichtigt wurde eine staatlich-gesellschaftliche Kontrolle der immer noch privaten Unternehmen.

Zur Wirtschaftslenkung waren staatlich-gesellschaftliche Kontrollmaßnahmen vorgesehen. Dabei handelte es sich um Investitions-, Kredit- und Preiskontrolle, die auf die Grundbedürfnisse der Bevölkerung abgestimmt werden sollten, sowie die Regulierung der Zinssätze.

Alle genannten Maßnahmen gingen von der Erhaltung der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse aus. Das sozialistische Element des Walberberger Programmentwurfs bestand in der Einrichtung einer wirtschaftlichen Spitzenkörperschaft, dem „Reichswirtschaftsrat“, in dem die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft organisiert werden sollten. „(...) die Planungsbehörde soll regieren und nicht verwalten“<sup>57</sup>, d.h. die Aufgabe der Planungsbehörde bestand darin, der Wirtschaft einen zentralen Aktionsrahmen zu geben, innerhalb dessen die einzelnen Selbstverwaltungskörperschaften dezentral agieren könnten.<sup>58</sup>

Während A.R.L. Gurland das aus dem Entwurf der Gewerkschafter und dessen Überarbeitung durch Konrad Adenauer entstandene Ahlener Programm ganz im Sinne der

---

<sup>56</sup> Siehe zu den Grundlagen der christlichen Soziallehre und des Programmentwurfs für Ahlen die Darstellung bei Uertz, 1981, S. 112ff.

<sup>57</sup> zitiert nach Uertz, 1981, S. 171.

<sup>58</sup> Vgl. Uertz, 1981, S. 166ff.

christlichen Sozialisten interpretiert und lediglich die mangelnde Umsetzungsfähigkeit beklagt<sup>59</sup>, sieht Uertz das Programm als Instrument zur Integration sowohl des christlich-sozialen als auch des wirtschaftsliberalen Flügels der CDU der britischen Zone an.

In der Präambel des Ahlener Programms werden nicht mehr das kapitalistische Wirtschaftssystem und die materialistische Weltanschauung als Ursache für die Entstehung des Nationalsozialismus mit allen seinen Folgen angesehen.

Nach dem Zusammenbruch kann, der inneren Logik des 1. Abschnittes der Präambel zufolge, nur ein Neuaufbau der Wirtschaft auf nichtkapitalistischer Basis erfolgen. Inhalt und Ziel der Neuordnung könne nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sein, sondern das Wohl des deutschen Volkes. Die neue Wirtschafts- und Sozialordnung soll auf einer gemeinwirtschaftlichen Basis aufgebaut werden. Ziel der Wirtschaft sei die Bedarfsdeckung des Volkes. Es folgt eine Wiederholung der Grundsätze des Zonenprogramms von Neheim-Hüsten, in denen im Vordergrund die Freiheit der Privatperson steht, an der die wirtschaftlichen Maßnahmen der Planung und Lenkung ihre Grenzen finden.

Die Präambel bot durch ihren ambivalenten Charakter sowohl den wirtschaftsliberalen als auch den christlich-sozialen Politikern in der CDU eine Identifikationsmöglichkeit.<sup>60</sup>

Der erste Teil unternahm eine Analyse der „deutschen industriellen Wirtschaft in der Vergangenheit“.

Zwar sei die deutsche Industrie zwischen 1918 und 1939 im Vergleich mit den Industrien anderer Staaten im technischen und wirtschaftlichen Bereich führend gewesen, doch hätten auf sozialpolitischem Gebiet schwere Mängel existiert.

Obwohl sich ein hoher Anteil der Industrie in Gemeinbesitz befand, und auch das Genossenschaftswesen besonders im Banken- und Versicherungsbereich stark ausgeprägt war, war durch die Zusammenballung der Industrien und des Banken- und Versicherungswesens die Überschaubarkeit der Konzerne nicht mehr gewährleistet. Die Zusammenballung der wirtschaftlichen Macht in den Händen weniger Aufsichtsratsmitglieder habe der Möglichkeit eines Machtmissbrauchs Vorschub geleistet.

Nach 1933 herrschte faktisch „in vollem Umfange ein getarnter Staatssozialismus“, durch den der nationalsozialistische Staat sowohl gegenüber der Betriebsleitung als auch der Arbeitnehmerschaft das uneingeschränkte Verfügungsrecht über die Industrien erhalten hatte.<sup>61</sup>

Die Analyse hebt die Möglichkeit eines Machtmissbrauchs durch zu große Konzentration der wirtschaftlichen Macht in einer Hand hervor. Dabei wird geschickt neben der Kritik an der

---

<sup>59</sup> Gurland, 1980, S. 138ff.

<sup>60</sup> Flechtheim, Bd. II, 1963, S. 53f.

<sup>61</sup> a.a.O., S. 54.

privatwirtschaftlichen Ordnung Kritik an gemeinschaftlich betriebenen Konzernen geübt, was inhaltlich den wirtschaftspolitischen Vorstellungen Konrad Adenauers entsprach.<sup>62</sup>

In seinen „Erinnerungen“<sup>63</sup> hatte Konrad Adenauer seine Vorstellungen über das Entstehen des Nationalsozialismus dargelegt. Seine Ursache sah Adenauer in der Zusammenballung großer Menschenmassen in den Städten im Verlauf der Industrialisierung Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts, die zu einer sozialen Entwurzelung der Menschen geführt habe. Konsequenz dieser Entwurzelung war „(...) das verheerende Umsichgreifen der materialistischen Weltanschauung im deutschen Volk“.<sup>64</sup>

Die materialistische Weltanschauung hatte seiner Meinung nach zu einer Überhöhung der staatlichen Macht geführt, in sehr großem Umfang habe die materialistische Auffassung des Marxismus zu dieser Entwicklung beigetragen.

„Wer eine Zentralisierung der politischen und wirtschaftlichen Macht beim Staate oder einer Klasse erstrebt, wer demzufolge das Prinzip des Klassenkampfes vertritt, ist ein Feind der Freiheit der Einzelperson, er bereitet zwangsläufig den Weg der Diktatur im Fühlen und Denken seiner Anhänger vor.“<sup>65</sup>

Die Person musste nach Adenauers Auffassung „(...) dem Dasein und dem Rang nach vor dem Staate stehen. An ihrer Würde, Freiheit und Selbständigkeit findet die Macht des Staates sowohl ihre Grenze wie ihre Orientierung.“<sup>66</sup>

Der historischen Analyse der Präambel folgend wird der Neuaufbau der deutschen Industrie konzipiert.

Voraussetzung für die neue Wirtschaftsstruktur bleibt aber immer noch „die Möglichkeit zu technischem Fortschritt und zur schöpferischen Initiative des Einzelnen“.

Absatz 1 stellt die Forderung auf, Konzerne, die nicht aus technischer Notwendigkeit und Konkurrenzfähigkeit über eine bestimmte Größe verfügen müssen, zu entflechten und in Einzelunternehmungen zu überführen. Für die Unternehmen, die aufgrund der Wirtschaftlichkeit monopolartigen Charakter haben, sollen laut Absatz 2 Kartellgesetze erlassen werden, die die Freiheit im Staate schützen.

Die Betonung liegt auf der Gefahr, die aus einer wirtschaftlichen Machtzusammenballung erwachsen kann. Um einem Missbrauch vorzubeugen, sollen „öffentliche Körperschaften“ dem „distributiven Prinzip“ folgend an den Unternehmungen beteiligt werden. Der Begriff bezieht sich auf das sozialpolitische Prinzip der „iustitia distributiva“, der „besonderen Gerechtigkeit“, die den Gegenpol des Prinzips der „iustitia legatio“, der „allgemeinen Gerechtigkeit“ darstellt. Die „iustitia distributiva“ reguliert die

---

<sup>62</sup> Uertz, 1981, S. 179.

<sup>63</sup> Konrad Adenauer, Erinnerungen Bd. 1 (1945 – 1953), Stuttgart 1965, im Folgenden als „Erinnerungen Bd. 1“, aufgeführt.

<sup>64</sup> Erinnerungen Bd. 1, S. 44f.

<sup>65</sup> ders., S. 45.

<sup>66</sup> ebenda.

Ausgewogenheit im Verhältnis von Herrscher und Beherrschtem, indem sie den politisch und gesellschaftlich Mächtigen verpflichtet, innerhalb seines Herrschaftsbereichs das Allgemeinwohl zu beachten und „den einzelnen Gliedern des Ganzen zu geben, was ihnen zusteht“.<sup>67</sup>

Die Einführung des Begriffs des „machtverteilenden Prinzips“ kam sowohl den Gewerkschaften als auch dem wirtschaftsliberalen Flügel der CDU entgegen. Für die Gewerkschaften stand er als Garant für die Beachtung des sozialen Allgemeinwohls, für den wirtschaftsliberalen Flügel verhinderte er die Monopolbildung, durch die in der freien Wirtschaft die marktwirtschaftlichen Selbstregulierung außer Kraft gesetzt wird.<sup>68</sup> Die Machtverteilung sollte durch die Beteiligung von öffentlichen Körperschaften, Genossenschaften und den in den Betrieben beschäftigten Arbeitnehmern an der Unternehmensführung, gewährleistet werden, ohne allerdings dadurch die freie Unternehmerinitiative einzuschränken. Der private Aktienbesitz sollte der Höhe nach begrenzt werden. Diese Maßnahmen kennzeichnen das Wesen der Vergesellschaftung, die nach Absatz 3 und 4 auf den Bergbau und die eisenverarbeitende Industrie als monopolartige Konzerne angewendet werden sollte. Absatz 6 betraf den Ausbau der Kontrolle des Banken- und Versicherungswesens. Die Absätze 5 und 7 befassen sich mit den kleinen bzw. mittelständischen Unternehmen. Das Genossenschaftswesen, von dem hauptsächlich die kleinen und mittleren Betriebe profitieren, sollte ausgebaut werden, zusätzlich sollte im wirtschaftlichen Bereich die Stiftung<sup>69</sup> gefördert werden.

Der mittelständische und kleine Betrieb sei zu fördern, „die private Unternehmertätigkeit zu erhalten und zu entwickeln“. Absatz 8 stellt noch einmal den Schutz des privaten Eigentums dar, sofern es nicht politisch missbraucht wurde.<sup>70</sup>

Artikel III bezog sich auf die „Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Betriebe“. Arbeitnehmervertreter sollten demnach am Aufsichtsrat ihrer Unternehmen beteiligt sein, der Betriebsrat sollte an der Lösung der Fragen beteiligt werden,

---

<sup>67</sup> Uertz, 1981, S. 181f.

<sup>68</sup> ders., S. 182.

<sup>69</sup> Bei der Stiftung handelt es sich um eine Rechtsform des öffentlichen Rechts für öffentliche Unternehmen. Daneben existieren noch die Formen der Körperschaft und der Anstalt. Die Stiftung stellt eine eigene Rechtspersönlichkeit dar. Sie kann eine Abteilung der öffentlichen Verwaltung ohne eigenes Vermögen sein, beispielsweise Theater oder Museum, oder aber wie die Bundesdruckerei mit Sondervermögen ausgestattet sein. Daneben gibt es die Form einer autonomen Wirtschafts-Körperschaft ohne Rechtspersönlichkeitskraft eigener Gesetze, wie etwa Bundespost oder Bundesbahn.

In diesem Zusammenhang sind allerdings öffentliche Unternehmen als Eigenbetriebe aufgrund einer Eigenbetriebsverordnung gemeint, wie z. B. kommunale Versorgungs- und Verkehrsbetriebe. Aus: Rosemarie Kolbeck, Unternehmen II: Wahl der Rechtsform, S. 71ff., in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften, hg. von Willi Albers, Karl Erich Born, u.a., Stuttgart, New York 1980, Bd. 8.

<sup>70</sup> Flechtheim, Bd. II, 1963, S. 55.

die die sozialen Interessen der Belegschaft betreffen. Alle Arbeitnehmer sollen durch geeignete Maßnahmen am Gewinn ihres Betriebes beteiligt werden.<sup>71</sup>

Artikel IV befasste sich mit „Planung und Lenkung der Wirtschaft“. Da sich die Wirtschaft an der Bedarfsdeckung des Volkes orientiere, sei Planung und Lenkung „auch in normalen Zeiten der Wirtschaft in gewissem Umfang notwendig“, Wirtschaftsplanung und –lenkung dürfen aber nicht zum Selbstzweck erhoben werden. In Zeiten der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist Wirtschaftsplanung durchaus auch in erheblichem Umfang notwendig. Die Bewältigung der Aufgaben der Planung und Lenkung sollen „von Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft in Wirtschaftskammern vorgenommen werden“, wobei die Beteiligung der Arbeitnehmer und Konsumenten als gleichberechtigt neben den Unternehmen anerkannt wird. Die Selbstverwaltungskörperschaften sollen der parlamentarischen Kontrolle unterliegen.<sup>72</sup>

Dieser Abschnitt verstärkt den Eindruck, das Ahlener Programm hätte die Vergesellschaftung der deutschen Industrien zum Inhalt gehabt.

Die unscharfe Formulierung, die Grundindustrien seien zu vergesellschaften, scheint hier ihre inhaltliche Ausformulierung erhalten zu haben. Neben den in Absatz 2, Artikel 2 genannten Maßnahmen, kann vor dem Hintergrund der Sozialisierungsbestrebungen des gewerkschaftlichen Flügels der CDU die Forderung nach Selbstverwaltungskörperschaften, Wirtschaftskammern und parlamentarischer Kontrolle der Wirtschaftsgremien das Ahlener Programm als Bestandteil eines christlich sozialistischen Programms aufgefasst werden. Uertz führt aus, dass die in Artikel II/2a und b und in Artikel IV enthaltenen Grundsätze den Komplex der Sozialisierungsmaßnahmen des Walberberger Programmentwurfs wiedergaben, der von den Gewerkschaftsvertretern innerhalb der CDU ausgearbeitet worden ist. Das Ahlener Programm ging bei den Lenkungs- und Planungsorganen allerdings nicht so weit wie der Walberberger Programmentwurf, in dem eine zentrale Wirtschaftsplanung gefordert wurde.<sup>73</sup>

Artikel V stellt noch einmal das Wohl des Volkes als die maßgebende Richtschnur für alle wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen heraus. Diese Forderung wurde auch auf die als berechtigt anerkannten Reparationsansprüche der Alliierten übertragen. Im Hinblick auf die Besetzung Deutschlands durch die Alliierten wird vor der Überführung des Eigentums der Grundindustrie auf den Staat gewarnt. Der politisch machtlose deutsche Staat würde als Eigentümer der Grundindustrien durch wirtschaftlich ausgeübten Druck erpressbar.<sup>74</sup>

Obwohl den in Walberberg ausgearbeiteten Grundsätzen mit der Präambel, Artikel I und V ein anderer Rahmen gegeben wurde, blieb das ursprüngliche Programm weitgehend

---

<sup>71</sup> a.a.O., S. 56f.

<sup>72</sup> a.a.O., S. 57f.

<sup>73</sup> Uertz, 1981, S. 181.

<sup>74</sup> ebenda.

unverändert. Die Modifikationen des Textes durch Konrad Adenauer und seine Mitarbeiter zielten lediglich darauf ab, die im christlichen Sozialismus aufgelegten Grundzüge sowohl privatwirtschaftlicher als auch gemeinwirtschaftlicher Organisation „zu systematisieren“<sup>75</sup>, um mit dem so beschaffenen Programm eine Grundlage für das politische Handeln der CDU zu erhalten.

Das Ahlener Programm ist sowohl in der „Dortmunder Westfalen-Zeitung“ als auch in der Interzonen-Ausgabe der „Rheinischen Post“<sup>76</sup> in vollem Wortlaut abgedruckt.

Die „Westfalen-Zeitung“ veröffentlichte in der Ausgabe vom Freitag, den 7. Februar 1947, den Programmtext unter der Überschrift „Arbeitnehmer sollen teilhaben. Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU“, nachdem schon in der Ausgabe vom 4. Februar 1947 über das neue Wirtschaftsprogramm berichtet wurde. Unter der Schlagzeile „Verteilung der wirtschaftlichen Macht. Das Sozialprogramm der CDU-Tagung des Zonenausschusses in Ahlen“ wird das Programm in einem Eigenbericht der „Westfalen-Zeitung“ als „ein grundlegendes und keiner kritischen Frage ausweichendes Programm der CDU für die strukturelle Neuordnung der Wirtschaft“ bezeichnet. In der Zusammenfassung der Grundsätze wird durch Fettdruck hervorgehoben, dass es der CDU um Eigentumsverteilung auf öffentliche und private Hand ankommt; die Beteiligung der öffentlichen Hand schütze vor dem Machtmissbrauch, wie er nach 1933 von der Schwerindustrie zu politischen Zwecken verübt worden war. Das Privateigentum sichere die unternehmerische Initiative, auf die beim Wiederaufbau Deutschlands nicht verzichtet werden könne. In demselben Artikel wird Konrad Adenauer von der Zonentagung in Ahlen mit einer Äußerung über die Alliierten zitiert, in der er den Alliierten, insbesondere der britischen Besatzungsmacht aufgrund der Haager Landfriedensordnung die Befugnis abspricht, „soziale oder wirtschaftliche Verschiebungen im Okkupationsgebiet vorzunehmen“. Die künftige Struktur der deutschen Volkswirtschaft habe das Volk durch freigewählte Abgeordnete zu beschließen.<sup>77</sup>

Die „Rheinische Post“ beschäftigte sich in der Ausgabe vom 8. Februar 1947 in einem Leitartikel mit dem neuen Zonenprogramm. Die „Verteilung der Macht“ stellte den Grundsatz dar, unter dem das Programm kommentiert wird. Deutschland habe zwar kein Mitbestimmungsrecht bei der Erörterung seines politischen Schicksals, hieß es im Leitartikel unter Bezug auf die anstehende Außenministerkonferenz, doch hätte die „Meinung der Deutschen einiges Gewicht“, wenn es darum gehe, „wie wir uns in dem Haus der deutschen Wirtschaft einrichten“. Die CDU habe als erste der großen Parteien ein umfassendes Programm für die wirtschaftliche Neuordnung geschaffen, das sich der Vergangenheit gegenüber abgrenzt und sich in den Dienst des Friedens und Aufbauens stelle. Im Hinblick

---

<sup>75</sup> ders., S. 185.

<sup>76</sup> Für die „Rheinische Post“ der Jahrgänge 1947 und 1948 lag nur die Interzonen-Ausgabe vor.

<sup>77</sup> „Arbeitnehmer sollen teilhaben“, in: „Westfalen-Zeitung“, Jg. 2/1947, 7. Februar 1947.

auf die anstehenden Landtagswahlen am 20. April 1947 stellt der Verfasser des Leitartikels fest, das neue Programm habe „das törichte Gerede von den verschiedenen Flügeln der Union Lügen gestraft“, und sei eine „folgerichtige Weiterentwicklung des Programms der CDU vom März 1946“.

Der Verfasser hebt hervor, dass die CDU die Verstaatlichung ablehnt, dagegen aber die Vergesellschaftung der Grundindustrien fordert. Ein Staat, der neben der politischen auch die wirtschaftliche Macht besitze, sei „eine Gefahr für den inneren wie für den äußeren Frieden“, ein solcher Staat sei „seiner Natur nach ein Gegner der demokratischen Geistesverfassung seiner Bürger“, was die Vergangenheit, die Wirtschafts- und Machtstruktur seit 1933 gezeigt habe. Für genauso wichtig wie die Vergesellschaftung hält der Leitartikel die Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die neugewonnene Mitbestimmung motiviere den Arbeitnehmer, stärke sein Verantwortungsgefühl für den Betrieb. Hier wird von einer sozialetischen Position her argumentiert. Die neu aufgebaute deutsche Wirtschaft soll moralische Kräfte entstehen lassen, die einen sozialen Neuaufbau herbeiführen. Im Gegensatz zu den Sozialisten, die den Staat über die Einzelperson stellten, sei der zentrale Angelpunkt für die CDU „Die Gemeinschaft und (gesperrt gedruckt, Anm. d. Verf.) ihre Glieder“, worunter der Autor die Familie, die freien Gemeinschaften der Berufe und Stände zählte, ebenso wie die Selbstverwaltungskörperschaften in Wirtschaft und Staat.<sup>78</sup>

In der Zeitungsausgabe Nr. 4 der „Rheinischen Post“ vom 22. Februar 1947 wird in einem ausführlichen Artikel über die Konferenz der Sozialausschüsse vom 21. Februar 1947 in Herne berichtet. Unter der Überschrift „Christentum als Grundlage der Sozialordnung“ werden die auf der Konferenz gehaltenen Reden von Sozialminister Gockeln und dem noch stellvertretenden Ministerpräsidenten Karl Arnold zusammengefasst.

In seiner Rede über „Die christlich-sozialen Grundsätze und die kommende Neuordnung in Staat und Wirtschaft“ stellte der Sozialminister von Nordrhein-Westfalen fest, dass die christliche Arbeitnehmerschaft nur „mit dem Glauben an die gesellschaftsbildende Kraft des Christentums“ ihre Ziele durchsetzen könne. Er stellte das Christentum als Gegengewicht zur „tödlichen Gefahr dar, wonach die in unserem Jahrhundert wuchernden kollektivistischen Tendenzen zur Vermassung und Vergewaltigung der Persönlichkeit führten“.

In bezug auf die staatliche Verfassung Deutschlands, die durch die nicht vorhandene Staatsgewalt gekennzeichnet sei, führte Gockeln ebenfalls in Abgrenzung zu materialistischen Auffassungen aus, dass der Staat nicht die Interessen einer Partei oder einer gesellschaftlichen Gruppe vertreten dürfe, sondern, der christlichen Soziallehre entsprechend, „Hüter des Allgemeinwohles“ sein müsse. Von dieser Grundlage her ergäben sich die Antworten zu den Fragen um den staatlichen Aufbau Deutschlands. Der Staat als

---

<sup>78</sup> „Verteilung der Macht“, in: „Rheinische Post“, Interzonenausgabe, Jg. 1/1947, 8. Februar 1947, S. 7.

„Hüter des Allgemeinwohles“ dürfe sich auch nicht zum „Wirtschaftsstaat“ entwickeln, da die Verbindung von wirtschaftlicher und politischer Macht in staatlicher Hand die Entstehung „kollektivistischer Ungeheuer“ beinhalte.

Eine auf dem christlichen Naturrecht beruhende Staatsgewalt mache die Frage nach privater bzw. öffentlicher Bewirtschaftung zweitrangig. Ein dem Gesamtwohl der Bevölkerung verpflichteter Staat sei jederzeit in der Lage, den Zweck der Wirtschaft, die „beste Versorgung der Menschen mit Gütern“ zu gewährleisten.

Im Gegensatz zu dieser Feststellung forderte Karl Arnold in seiner Rede vor den Sozialausschüssen der CDU die Überführung der Bergwerke in Gemeineigentum, die Aufhebung der privatkapitalistischen Konzerne und die Einführung einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung für die stahl- und eisenerzeugenden und –verarbeitenden Industrien. Ziel sei die soziale und wirtschaftliche Neuordnung.

Die Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum ließ zwar den Staat zum Eigentümer der Bergbaubetriebe werden, de facto läge aber die Entscheidungs- und Verfügungsgewalt bei den berufsständisch gebildeten Selbstverwaltungsorganen. Nur sie könnten eine kontinuierliche, von parlamentarischen und politischen Interessen freie Betriebsführung gewährleisten. Im Hinblick auf die SPD führte Karl Arnold aus, seien mit dem Begriff „Sozialisierung“ unerfüllbare Hoffnungen bei der Arbeitnehmerschaft geweckt worden. Sozialisierung sei nicht das Ziel der Wirtschaftsneuordnung, sondern nur ein Schritt auf dem Wege dorthin, der von anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, etwa Orientierung der Wirtschaft am Volksganzen, Produktionssteigerung, Verbesserung der sozialen und betrieblichen Verhältnisse und innerbetriebliche Mitbestimmung begleitet werde.<sup>79</sup>

In die gleiche wirtschaftspolitische Richtung weist ein Artikel der Zeitung „Rheinische Post“ vom 11. Mai 1946, also knapp ein Jahr vor der Rede Arnolds in Herne verfasst. In diesem Artikel stellt unter der Überschrift „Was ist Sozialisierung?“ ein nicht genannter Verfasser den Begriff und das Konzept der Sozialisten dar. Sozialismus wird in diesem Artikel als „Zauberwort“ bezeichnet, „von dem sich viele die Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme erhoffen“.

Als Sozialismus bezeichnet der Autor des Artikels die Überführung des Privateigentums in das Eigentum der Gesellschaft, die er mit dem Staat gleichsetzt.<sup>80</sup> Nach einer kurzen Darstellung der Bedeutung des Begriffs in der politischen Ökonomie wird die Bedeutung der Sozialisierung für die deutsche Nachkriegswirtschaft erörtert.

Während in der politischen Ökonomie die Sozialisierung der gesamten Wirtschaft mit der Etablierung der Diktatur des Proletariats einhergeht, also quasi Endziel der wirtschaftlichen

---

<sup>79</sup> „Christentum als Grundlage der Sozialisierung.“, in: „Rheinische Post“, Interzonen-Ausgabe, Jg. 1/1947, 22. Februar 1947, S. 5.

<sup>80</sup> „Das Wort heißt eigentlich ‚Vergesellschaftung‘ und bedeutet nach dem heutigen Sprachgebrauch das Überführen des Privateigentums in das Eigentum der Gesellschaft, also der Allgemeinheit, d.h. des Staates.“

Entwicklung ist, hat die Sozialisierung in der deutschen Nachkriegsgesellschaft instrumentellen Charakter: durch Sozialisierung der Grundindustrien und des Bergbaues wird die wirtschaftliche Macht des privaten Kapitals aufgehoben, die Macht des Staates, dem neuen Eigentümer dieser Industrien gestärkt. Da die neue wirtschaftliche Ordnung aber den Ausschluss jeglichen Machtmissbrauches sowie eine gerechte Besitzverteilung erfordert, reicht die Sozialisierung der genannten Industrien allein nicht aus. Um eine gerechte Besitzverteilung zu erreichen, seien neue Wege nötig. Der Autor schließt mit der Feststellung, dass es neben den Gewerkschaften und Arbeitern auch die Aufgabe der Unternehmer sein müsse, neue Wirtschaftsformen zu erarbeiten.<sup>81</sup>

In Verbindung mit dem Artikel aus der „Rheinischen Post“ vom 22. Februar 1947, in dem die Rede Karl Arnolds vor den Sozialausschüssen in Herne am 21. Februar 1947 zusammengefasst wurde, liegt die Vermutung nahe, dass der Artikel vom 11. Mai 1946 von dem Lizenzträger der „Rheinischen Post“, Karl Arnold, stammt. Die Rede und der Artikel weisen dieselben Gedankengänge, zum Teil auch die gleichen Formulierungen auf.

### **1.5.5. Die Düsseldorfer Leitsätze**

Am 15. Juni 1949 erschienen die Düsseldorfer Leitsätze, das auf die Bundestagswahlen im August 1949 zugeschnittene neue Wirtschaftsprogramm der CDU.

Die Präambel enthält eine rückblickende Beschreibung der Wirtschaftsentwicklung von 1945 bis 1949.<sup>82</sup>

Danach war in der ersten Hälfte des Jahres 1948 der Tiefpunkt des wirtschaftlichen und sozialen Lebens der Bevölkerung erreicht. „Der 20. Juni 1948 brachte den Umschwung“ mit der von der CDU im Wirtschaftsrat vertretenen Wirtschaftspolitik. Waren Produktion und Arbeitsmoral vor der Währungsreform auf ein Minimum herabgesunken, so stiegen Warenproduktion und Arbeitsleistung vom 20. Juni 1948 ab rapide in die Höhe.

Den Düsseldorfer Leitsätzen zufolge hatte die Währungsreform die technischen Voraussetzungen für diesen Umschwung geschaffen, der wesentlichste Impuls aber sei mit der Inkraftsetzung der marktwirtschaftlichen Grundsätze durch die von der CDU initiierte soziale Marktwirtschaft im Wirtschaftsrat gegeben worden. Der Beweis dafür sei in der wirtschaftlichen Entwicklung der Ostzone zu sehen, wo die Währungsreform keinen wirtschaftlichen Umschwung erzielte, weil sie nicht mit marktwirtschaftlicher Politik verbunden war.

---

<sup>81</sup> „Was ist Sozialismus?“, in: „Rheinische Post“, Jg. 1/1946, 1. Mai 1946, S. 3.

<sup>82</sup> S. zur Entstehung: Alfred Müller-Armack, Die Anfänge der sozialen Marktwirtschaft – Zugleich eine Dokumentation ihrer Entwicklung in den Jahren 1945, 1946, 1947, 1948, in: Richard Löwenthal / Hans-Peter Schwarz (Hg.), Die Zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Stuttgart 1972.

Auf die mit der Konsolidierung einhergehenden Schwierigkeiten und sozialen Spannungen sei von der CDU immer wieder hingewiesen worden, doch seien sie nur vorübergehender Natur. Kritik wird an den Gegnern der sozialen Marktwirtschaft geübt, die diese vorübergehenden Spannungen demagogisch ausgenutzt hätten. Der Vorwurf, die Wirtschaftspolitik führe zurück zu kapitalistischen und liberalistischen Wirtschaftsformen, wird zurückgewiesen: „Nichts liegt der CDU ferner als ein solcher Weg. Aufbauend auf dem Ahlener Programm erstrebt sie die soziale Marktwirtschaft.“<sup>83</sup>

Darauf erfolgt eine Definition des Begriffs „soziale Marktwirtschaft“.

Der Definition zufolge stellt die soziale Marktwirtschaft eine Wirtschaftsform dar, in der sowohl marktwirtschaftliche als auch die Wirtschaft kontrollierende Mechanismen wirksam werden: „(...) die Leistung freier und tüchtiger Menschen“ wird in eine Ordnung integriert, „(...) die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt“. Die Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft wird durch Leistungswettbewerb und unabhängige Monopolkontrolle gekennzeichnet.

Leistungswettbewerb gewährt die freie Entfaltung der kreativen unternehmerischen Kräfte, deren Produkte bei richtiger Planung von den Verbrauchern zu angemessenen Preisen akzeptiert werden; bei unangemessenen Preisen oder mangelndem Bedarf von den Verbrauchern abgelehnt werden; die Unternehmer sind diesem Konzept nach darauf angewiesen, sich auf die Bedürfnisse der Verbraucher einzustellen, um Gewinne zu erzielen. Richtige Planung zieht Gewinne nach sich, steigert somit die Produktion. Falsche Planung führt zu Verlusten, deren notwendige Folge eine Produktionsumstellung sein müsste. Der Verbraucher hat in diesem Konzept mittelbaren Einfluss auf die Produktion.<sup>84</sup>

Zur Sicherung des Leistungswettbewerbs ist eine unabhängige Monopolkontrolle nötig. Kartellbildung und Bildung von Marktverbänden in der freien Wirtschaft habe in der Vergangenheit zu einer Verfälschung des Wettbewerbs geführt, indem es den Unternehmen möglich war, Preise und Produkte zu diktieren. Diese Monopolkontrolle soll verhindern, dass privates Kapital über die wirtschaftliche Entwicklung bestimmen könne.

Ebenso wichtig wie die Eindämmung privater Wirtschaftsmacht sei die Verhinderung staatlicher Wirtschaftsmacht. Dem Staat bleibt die Aufgabe überlassen, die Rahmenbedingungen zur Durchführung der sozialen Marktwirtschaft zu schaffen und über ihre Einhaltung zu wachen.

Planung und Lenkung von Produktionsmitteln, Arbeitskraft und Warenabsatz werden im Gegensatz zu den Ausführungen des Ahlener Programms abgelehnt.<sup>85</sup>

Wurde im Ahlener Programm noch von Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft gesprochen, so werden auch diese in den Düsseldorfer Leitsätzen kategorisch abgelehnt:

---

<sup>83</sup> Düsseldorfer Leitsätze vom 15. Juli 1949, in: Flechtheim, Bd. II, 1963, S. 59.

<sup>84</sup> a.a.O., S. 60.

<sup>85</sup> a.a.O., S. 60f.

„Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ steht im scharfen Gegensatz zum System der Planwirtschaft, die wir ablehnen, ganz gleich, ob in ihr die Lenkungsstellen zentral oder dezentral, staatlich oder selbstverwaltungsmäßig organisiert sind.“<sup>86</sup> Die Planwirtschaft führe zur Bevormundung der Verbraucher und Unternehmer von Staat und Selbstverwaltungsorganen. Die Aufgaben und Fähigkeiten, die die Erfüllung der Planwirtschaft fordere, seien zu umfangreich, als dass sie durch Menschen bewältigt werden könnte. Erhielten die Planungsstellen die nötigen wirtschaftlichen Vollmachten, entwickelten sie sich zu „Diktaturen der Verwaltungsbeamten“, was zum „Ende der Demokratie und des Rechtes“ führen müsse. Beließe man die Lenkung der Wirtschaft einer demokratischen Aufsicht, so brächte der langwierige Diskussions- und Meinungsfindungsprozess wirtschaftliches Chaos mit sich, da in der Wirtschaft schnelle Entschlüsse nötig seien, um auf Entwicklungen angemessen reagieren zu können.

Die „soziale Marktwirtschaft“ verfügt dagegen über ein überschaubares System von wirtschaftlichen Ordnungsmitteln, die eine Kontrolle besser gewährleisten als privates oder behördliches Ermessen.

Instrument der „sozialen Marktwirtschaft“ ist eine sinnvolle Wirtschaftspolitik, die durch ständige Marktbeobachtung regulierend auf die Wirtschaft einwirkt. Zu dieser Wirtschaftspolitik gehören eine umfassende Geld-, Handels- und Zoll-, Kredit-, Investitions-, Steuer- und Sozialpolitik. Die Präambel der Düsseldorfer Leitsätze schließt mit der Feststellung, „Die vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms werden anerkannt, jedoch nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt“.<sup>87</sup>

Schon in der Präambel wird der grundlegende Unterschied zu den wirtschaftspolitischen Grundsätzen des Ahlener Programms deutlich. Die Berufung auf das Ahlener Programm stellte eine verbale Konzession an die Teile der CDU dar, die sich aufgrund des Programms von Ahlen der CDU zugewandt hatten. Die krasse Kritik an Planwirtschaft und Lenkung der Wirtschaft lässt keine Anlehnung der Düsseldorfer Leitsätze an das Programm von 1947 mehr zu, soviel der Geist des Ahlener Programms in der Präambel der Düsseldorfer Leitsätze auch beschworen wird.

Der Definition des Begriffs der sozialen Marktwirtschaft folgen die eigentlichen Leitsätze: Durch eine gesetzlich verankerte Monopolkontrolle sollte der Leistungswettbewerb gesichert werden. Die angestrebte Kartellgesetzgebung sollte konkurrenzbeschränkende Marktreden und die Bildung von Großkonzernen verhindern. Besondere Unterstützung muss den mittleren und kleinen Betrieben gewährt werden. Mammutunternehmen, deren Größe produktionstechnisch bedingt sei, müssen sich ebenfalls der Monopolkontrolle unterwerfen.<sup>88</sup>

---

<sup>86</sup> a.a.O., S. 60.

<sup>87</sup> a.a.O., S. 61.

<sup>88</sup> a.a.O., S. 61f.

Um das Verantwortungsbewusstsein der wirtschaftlichen Führungskräfte der Allgemeinheit gegenüber zu stärken, werden der Abbau von Subventionen und die Einführung der persönlichen Haftung von Vorstandsmitgliedern und Betriebsleitung gefordert.<sup>89</sup> Gesetzliche Maßnahmen zur Offenlegung der Besitzverhältnisse müssen getroffen werden, um Transparenz in die wirtschaftlichen Verbindungen großer Konzerne und ihrer Tochtergesellschaften zu gewährleisten, und der Möglichkeit, Risiken der Geschäftsführung abzuwälzen, entgegenzuwirken.

Ferner sehen die Leitsätze eine zentrale Geldaufsicht vor, die bei wirtschaftlichen Krisen mit einer „verantwortungsbewussten Geld- und Kapitalpolitik“ sowie Steuerpolitik eingreift.

Die Entstehung der Preise ist den marktwirtschaftlichen Mechanismen von Angebot und Nachfrage unterworfen. Von staatlicher Seite darf kein Preisdiktat erfolgen. Das Ziel sozialer Marktwirtschaft besteht darin, „eben nach Maßgabe der volkswirtschaftlichen Produktivität höchsten Lebensstandard zu erreichen und das günstigste Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen herbeizuführen“<sup>90</sup>. Im Folgenden wird in den Düsseldorfer Leitsätzen die Senkung des deutschen Preisniveaus gefordert, um deutsche Waren auf den Weltmärkten wieder wettbewerbsfähig werden zu lassen.<sup>91</sup> Löhne und Festlegung von Arbeitsbedingungen sollen den Tarifvertragspartnern überlassen bleiben.<sup>92</sup>

Technik und Wissenschaft als Grundlage des Fortschritts und des Wirtschaftswachstums seien mit Nachdruck zu fördern.<sup>93</sup>

Kennzeichen der „sozialen Marktwirtschaft“ sind u.a. freie Berufswahl, Niederlassungsfreiheit, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit.<sup>94</sup>

Wichtig für die vorliegende Arbeit ist Leitsatz Nr. 10, in dem es heißt, „Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ bejaht und fördert das private Eigentum.“ Ein verfassungsrechtlich begründeter Schutz des Privateigentums sei angestrebt, um dadurch wirtschaftliche Unabhängigkeit und die daraus erwachsende persönliche Freiheit des einzelnen zu gewährleisten. Zu dem Zweck werden die gerechte Verteilung der wirtschaftlichen Erträge und eine soziale Gesetzgebung angestrebt, die es den vermögenslosen Schichten des Volkes ermöglichen soll, „besitzende Eigentümer“ zu werden. Gleichzeitig heißt es aber auch im Leitsatz Nr. 10: „Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ verschafft möglichst vielen Tüchtigen Eigentum.“

Neben der breiten Streuung vom Privateigentum werden in der Industrie Unternehmensformen der Gemeinwirtschaft dann befürwortet „(...) wenn sie wirtschaftlich zweckmäßig, betriebstechnisch möglich und politisch notwendig sind“. Im Anschluss daran

---

<sup>89</sup> a.a.O., S. 62.

<sup>90</sup> a.a.O., S. 63.

<sup>91</sup> a.a.O., S. 64.

<sup>92</sup> ebenda.

<sup>93</sup> a.a.O., S. 64f.

<sup>94</sup> a.a.O., S. 65.

wird festgestellt, dass durch die Monopolkontrolle der schädliche wirtschaftliche Einfluss von Monopolkonzernen aufgehoben wird, so dass eine Sozialisierung wegen wirtschaftlichen Machtmissbrauchs nicht mehr notwendig wird.<sup>95</sup>

Um mehr Investitionskapital zu erhalten, soll die Bildung von Sparkapital gefördert werden.<sup>96</sup>

Neben einer umfassenden Steuerreform, die den Sparwillen anregen und die Kapitalbildung fördern soll<sup>97</sup>, werden eine konstruktive und vorausschauende Kredit-, Währungs- und Investitionspolitik gefordert. Zur Verhinderung der strukturellen und konjunkturellen Arbeitslosigkeit soll eine auf Freizügigkeit beruhende, dem Markt angepasste Arbeitsvermittlung organisiert werden.<sup>98</sup>

Leitsatz Nr. 14 stellt lapidar fest, „den Außenhandel wollen wir mit allen Mitteln fördern. Der Marshallplan (European Recovery Programm) wird von uns bejaht.“<sup>99</sup>

Damit wird die Einbindung der deutschen Wirtschaft in das kapitalistische, westliche Wirtschaftssystem bekräftigt. Die Verbindung der deutschen Wirtschaft mit der der europäischen Staaten und der der USA durch eine Erhöhung des Exportes und Öffnung des eigenen Marktes für ausländische Importe, räume mit „verhängnisvollen Autarkievorstellungen“ auf, und dokumentiere Deutschlands Willen zu Demokratie und Frieden.<sup>100</sup>

Nachdem die Forderung nach Schaffung einer neuen deutschen Handelsflotte aufgestellt wird<sup>101</sup>, erfolgt ein Appell an die deutsche Bevölkerung, sich aktiv an der Durchführung der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ zu beteiligen, da sie ansonsten in eine freie Wirtschaft entarten muss. Zu diesem Zweck müssen die Arbeiter durch ihre Vertreter an den Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik beteiligt werden. Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ wird als eine Wirtschaftsordnung bezeichnet, „die zu echter Freiheit führt“, so dass bei der Errichtung dieses Wirtschaftssystems auch politische und kulturelle Vorstellungen verwirklicht werden.<sup>102</sup>

---

<sup>95</sup> a.a.O., S. 65.

<sup>96</sup> a.a.O., S. 65f.

<sup>97</sup> a.a.O., S. 66.

<sup>98</sup> ebenda.

<sup>99</sup> a.a.O., S. 67.

<sup>100</sup> „Durch nichts kann Deutschland seinen Willen zur Demokratie und zum Frieden besser dokumentieren, als durch die Hinnahme starker struktureller Einseitigkeiten, vorausgesetzt, dass ihm ein freier Welthandel Gewährt (sic) dafür bietet, dass die übrige Welt bereit ist, die Lebenssicherung des deutschen Volkes durch die Aufnahme deutscher Waren und Hergabe entsprechender Gegenleistungen sicherzustellen. Autarkie verleitet die Völker, wie geschichtliche Erfahrungen lehren, nur allzu leicht zu politischen Experimenten und imperialistischen Handlungen.“, a.a.O., S. 67.

<sup>101</sup> a.a.O., S. 68.

<sup>102</sup> a.a.O., S. 68f.

Die Entstehung der Düsseldorfer Leitsätze erfolgte vor dem Hintergrund der Londoner Konferenz, der Frankfurter Dokumente und des Anlaufens des European Recovery Programme zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft.

Die Beratungen über die Leitsätze begannen schon im Dezember 1947, nachdem im Juli 1947 die überragende politische Position Johannes Albers' als Vorsitzender des Wirtschafts- und Sozialausschusses durch die Übergabe des Vorsitzes des Wirtschaftsausschusses an Franz Etzel demontiert worden war.

Zwar sollte das Ahlener Programm nach wie vor Grundlage der Wirtschafts- und Sozialpolitik bleiben, doch wurde von dem neoliberalen Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses bald festgestellt, dass das Ahlener Programm in erster Linie ein Sozialprogramm sei, und keine Verbindlichkeit für die Wirtschaftspolitik besäße.<sup>103</sup>

Orientierungsgrundlage für das neu zu schaffende Programm stellte nunmehr die reale Politik des Frankfurter Wirtschaftsrates dar, deren Konzeption von Ludwig Erhard auf den Parteitagungen der CDU mehrfach vorgetragen wurde.<sup>104</sup>

Uertz stellt fest, dass zwar der gewerkschaftlich orientierte Flügel der CDU anfangs Kritik an dem neu formulierten Wirtschaftsprogramm erhob, schließlich aber nur noch Johannes Albers von den Kritikern der Wirtschaftspolitik übrigblieb. Die übrigen Mitglieder des CDU-Zonenausschusses, vor dem das neue Programm beraten wurde, unterstützten das neue Programm schon bald, weil sie, wie Uertz feststellt, zu der Erkenntnis gelangt waren, „dass die ursprünglich vorgesehenen mehr oder weniger starken planwirtschaftlichen Eingriffe in den Wirtschaftsablauf nicht geeignet sein konnten, die Bedarfsversorgung der Bevölkerung auch nur annähernd zu garantieren“.<sup>105</sup>

### **1.5.6. Zusammenfassung**

Zusammenfassend kann für die Einstellung der CDU zur Sozialisierung gesagt werden, dass die anfänglichen Bemühungen um eine Neuordnung der Wirtschaft auf christlich-sozialer Basis dem marktwirtschaftlich orientierten Neuaufbau der deutschen Wirtschaft wich.

---

<sup>103</sup> Uertz, 1981, S. 198f.

<sup>104</sup> S. dazu: Uertz, 1981, S. 201ff., sowie: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946 – 1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, bearbeitet von Helmut Pütz, Bonn 1975.

Insbesondere die Seiten 46 – 50 sowie Dokument Nr. 23 „Neuaufbau auf christlichen Grundlagen, wirtschaftlicher Neuaufbau im Dienste des Menschen – Zweiter Parteitag der CDU für die britische Zone, 28./29. August 1948, Recklinghausen, S. 581ff.

<sup>105</sup> Uertz, 1981, S. 201.

In der Presse wurde der Wechsel vom Programm von Neheim-Hüsten über das Ahlener Programm hin zu den Düsseldorfer Leitsätzen 1949 loyal, zumindest aber unkritisch mitgetragen.

Es erfolgte in den vorliegenden Tageszeitungen keine kritische Auseinandersetzung mit den wechselnden wirtschaftspolitischen Programmen. Das Gleiche gilt für den Entwicklungsvorgang. Das Auseinanderklaffen gerade der Positionen, wie sie im Ahlener Programm und dann in den Düsseldorfer Leitsätzen vertreten wurden, wurde offensichtlich unkritisch hingenommen. Die CDU-nahe Presse war mehr ein Organ, das den Lesern die offizielle Parteilinie nahebrachte, als die Entwicklung innerhalb der Partei kritisch zu beleuchten.